

Zu Punkt **8.17**
der Tagesordnung des
Wirtschaftsparlamentes vom
27.11.2025

Herrn Präsident
Mag. Dr. Harald Mahrer
Wirtschaftskammer Österreich
Wiedner Hauptstraße 63
1045 Wien

Wien, 06.11.2025

Antrag an das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Österreich am 27. November 2025

EU-Vorhaben „VAT in the Digital Age (ViDA)“ – Bürokratie-Stopp und Schutz heimischer Betriebe

Mit der Initiative „VAT in the Digital Age“ (ViDA) verfolgt die Europäische Kommission das Ziel, die Umsatzsteuer in der EU zu modernisieren. Vorgesehen ist eine einheitliche Registrierung pro Unternehmen in der EU („Single VAT Registration“) und der Ausbau des bestehenden One-Stop-Shop-Systems.

Während die Kommission Vereinfachung verspricht, zeigt sich in der Praxis, dass die Umsetzung erhebliche Risiken birgt:

- Für viele B2B-Unternehmen bleibt die Pflicht bestehen, sich bei Lagerhaltung, Montage oder Installation weiterhin im jeweiligen Land steuerlich zu registrieren.
- Geplant sind neue digitale Meldepflichten (E-Invoicing und E-Reporting) in nahezu Echtzeit – ein erheblicher Mehraufwand besonders für KMU.
- Es droht, dass ViDA am Ende mehr Kontrolle statt weniger Bürokratie bringt.

Die Wirtschaftskammer muss daher frühzeitig Einfluss nehmen, um sicherzustellen, dass die Reform KMU-tauglich, datenschutzkonform und administrativ bewältigbar bleibt.

Daher stellen die unterfertigten Delegierten folgenden

ANTRAG:

Der Präsident und die Organe der Wirtschaftskammer Österreich werden aufgefordert, sich auf europäischer Ebene für eine praxistaugliche **Umsetzung der ViDA Reform („VAT in the Digital Age“)** einzusetzen, die eine echte Vereinfachung bringt und keine zusätzlichen Melde- oder Registrierungspflichten für österreichische Betriebe schafft.

Insbesondere ist sicherzustellen, dass die geplante „Single VAT Registration“ nicht zu neuen bürokratischen Belastungen oder technischen Meldepflichten führt, sondern zu einer tatsächlichen Vereinfachung des innergemeinschaftlichen Handels.

Deshalb ist es notwendig nachstehende Maßnahmen zu ergreifen:

1. Die WKÖ soll sich auf EU-Ebene klar dafür einsetzen, dass die ViDA-Reform keine zusätzlichen Meldepflichten für Betriebe schafft.
2. Die WKÖ soll sich für eine praxisgerechte Umsetzung der „Single VAT Registration“ einsetzen – ohne neue IT- oder Berichtspflichten für Unternehmen.
3. Die WKÖ soll rechtzeitig eine Informationskampagne für Betriebe starten, um auf die künftigen Änderungen hinzuweisen und Unterstützung zu bieten.



Bgm. KommR Matthias Krenn
WKÖ-Vizepräsident, Fraktionsobmann



GS Reinhard Langthaler
WP-Delegierter, Fraktionsobmann-Stv.



NAbg. Dr. Barbara Kolm
WP-Delegierte